Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige, Vorschriftsmäßig geschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 64 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 17. März 1931

Am Beobachtungsstand.

Groß ist das Risiko nicht mehr, wenn man eine Wette darauf vorschlägt, daß es dem Kabinett Brüning gelingt, die Reichshaushaltsberatung auf dem parlamentarischen Wege zum Endziel der Bewilligung, ohne vorher noch allzu große „Fehler" zu machen, zu bringen. Die siebente Woche dieser Reichstagsverhandlungen hat begonnen und wenn der Kanzler auf die hierfür verwendete Zeit der nahen Vergangenheit zurückblickt, so wird er freilich gestehen müssen, daß manches doch anders kam, als er es sich wohl vorgestellt hat. Aber er ist dadurch doch nicht veranlaßt worden, bisher wesentlich von der Linie abzuweichen, die er in der Regierungserklärung vorgezeichnet hatte. Einige „Seitensprünge" des Reichstages sind ja schließlich vom Reichsrat wieder ausgeglichen worden; die Beschlußfassung auf Zulassung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr ebenso wie die Abänderung des Brotgesetzes stießen beim Reichsrat auf Widerspruch und, da dieser nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages überwunden werden kann, eine solche aber nicht vorhanden sein dürfte, wird die Reichsregierung auch hierin einen späten Erfolg verbuchen können. Freilich fehlt es durchaus nicht noch an einigen weiteren Hindernissen, über die das Kabinett den Reichstag hinwegbringen oder hinüberzwingen muß, um zum Ziele zu kommen und nicht kurz vorher doch noch zwar nicht zusammenzubrechen, aber auf anderem Wege das Ziel der Inkraftsetzung des Reichshaushalts zu erreichen. Die „Panzersteuer", also die von der Sozialdemokratie und von Teilen auch anderer Parteien geforderte Heraufsetzung der Einkommen- und der Tantiemensteuer, ist ebenso vorerst noch in der Schwebe wie die parlamentarische Erledigung der Panzerkreuzerfrage selbst. Da werden wohl allerhand Finessen parlamentarischer Taktik angewandt werden müssen, um dieses Hindernis zu — umreiten. Denn zum Reichshaushalt selbst und der Beschlußfassung über ihn gehört dieser sozialdemokratische Antrag nicht und ihm könnte trotz Annahme im Reichstage dann allzu leicht dasselbe Schicksal beschert sein wie dem über die Gefrierfleischeinfuhr.

*

In den beiden Wochen, die für die Reichstagsberatungen noch in Aussicht genommen sind, sollen noch die wichtigsten Etats erledigt werden: Auswärtiges, Finanz, Reichswehr und dazu noch die Reichspost. Im allgemeinen dürfte der Fortgang auch dieser Verhandlungen ebenso ein „aufregendes" Gepräge tragen wie die bisherigen. Aber für Deutschlands Wirtschaft — und damit für unser aller Wohl und Wehe — Wichtigeres bringen die beiden großen, jetzt an den Reichstag gelangenden Gesetzentwürfe über das Agrarprogramm und über die Ostbilfe. Beide wurzeln wenigstens zum Teil auch im Reichshaushalt, wo für die Durchführung jener beiden Vorlagen recht erhebliche Mittel bereitgestellt werden. Aber auch diese Gesetzentwürfe werden im Reichstag kaum noch auf irgendwelche Schwierigkeiten stoßen; denn grundsätzlich haben dort die Parteien von rechts bis zur Sozialdemokratie bereits ihr Einverständnis erklärt. Die Schwierigkeiten kommen erst später! Denn erleichtert wird ihre Durchführung ja auch nicht gerade dadurch, daß die parteipolitischen Differenzen zwischen Regierung und Rechtsopposition sich noch mehr verschärft haben. Das Fernbleiben der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen vom Reichstag hat zwar äußerlich nicht verhindert, daß das Kabinett Brüning nunmehr nicht gar so weit von dem Endziel der Haushaltsbewilligung entfernt ist. Aber in diesem Ziel lag doch auch gleichzeitig der Wunsch, nach innen und vor allem nach außen hin mittels dieser Bewilligung vor Augen zu führen, daß die deutschen innenpolitischen Verhältnisse zu einer gewissen Konsolidierung gebracht worden seien. Dieser Beweis ist auch dann nicht ganz erbracht, wenn der Reichstagspräsident erklären wird: „Hiermit ist der Gesetzentwurf über den Reichshaushalt 1931 angenommen."

*

Die Schwierigkeiten bleiben also und in der Außenpolitik gibt es deren in Fülle. Gewiß ist es nur eine Episode, — aber eine bezeichnende, daß anläßlich des deutsch-französischen Fußball-Länderkampfes in Paris beim Aufmarsch der deutschen Sportsleute die deutsche Nationalhymne nicht gespielt wurde! Das französische Außenministerium hatte eingegriffen, als davon gemunkelt wurde, man wolle den deutschen Sportsleuten gegenüber diese selbstverständliche internationale Höflichkeitspflicht nicht erfüllen. Trotzdem ist dies nicht geschehen, und die klägliche Groteske, das Preußenlied als „Ersatz" zu spielen, scheiterte schon nach ein paar Takten und wird noch lächerlicher deswegen, weil ein großer Teil der deutschen Spieler überhaupt gar keine Preußen sind. Daß dies im Beisein von Tausenden zu diesem Sportkampf nach Paris gefahrener deutscher Zuschauer geschah, war wenigstens eine Gelegenheit, um ihnen und uns Deutschen wieder einmal vor Augen zu führen, wir schwer trotz mancher „schönen" Worte und Reden Deutschland noch immer um seine Stellung, um seine Gleichberechtigung überall in der Welt zu kämpfen hat.

Bestellen Sie das Wilsdruffer Tageblatt

Ein hoffnungsloser Fall

Der Traum vom Zollfrieden ausgeträumt.

Das Genfer Handelsabkommen in Frage gestellt.

Ebenso wie der Frieden der Waffen ein schöner Traum unbelehrbarer Optimisten zu sein scheint, so auch die Annahme, daß es zwischen den Völkern Europas zu einem Zollfrieden oder wenigstens Zollwaffenstillstand kommen könnte. Das Genfer Handelsabkommen, das die Grundlage zu einem solchen Übereinkommen bilden sollte und das in Deutschland bereits Gegenstand schwerer innenpolitischer Konflikte zu werden drohte, versinkt anscheinend wieder dahin, wohin es gekommen ist: in die Bücher und Schriften der Theoretiker und Schriftgelehrten. Am grünen Tisch ausgeklügelt, zwar „ein Ziel, aufs innigste zu wünschen", aber doch an der Wucht der Tatsachen zerschellend, dürfte das Zollwaffenstillstandsabkommen vorläufig sein weiteres Dasein nur noch in den Akten des Völkerbundsekretariats fristen.

Auf der dritten Tagung der europäischen Zollwaffenstillstandskonferenz in Genf nämlich, auf der sämtliche 26 europäischen Regierungen vertreten sind, sah sich der Präsident genötigt, an die Vertreter der zwölf Staaten, die das Abkommen bereits ratifiziert haben, die Frage zu richten, ob sie zu einem

sofortigen bedingungslosen Inkrafttreten

des Handelsabkommens unter sich bereit seien. Die Frage wurde von sämtlichen zwölf Staaten abgelehnt, wobei Finnland, Italien und Holland ausdrücklich das gesamte Inkrafttreten des Abkommens von der Ratifizierung durch Deutschland abhängig machten. Der Präsident stellte sodann ausdrücklich fest, daß kein einziger Staat sich bereit gefunden habe, das Abkommen bedingungslos in Kraft treten zu lassen. Unter diesen Umständen müsse das Abkommen am 1. April dieses Jahres zwangsläufig seine Wirkung und Bedeutung verlieren, wenn man nicht sofort eine Notlösung finde. Er schlug sodann der Konferenz vor,

ein bedingungsloses Inkrafttreten

des Abkommens zu erörtern.

Dieser Vermittlungsvorschlag des Präsidenten, der lediglich eine Notlösung darstellt, wurde jedoch von Ministerialdirektor Dr. Posse abgelehnt. Er erklärte, wenn das Abkommen nicht am 1. April für die europäischen Staaten in Kraft trete, sei es hinfällig. Ministerialdirektor Dr. Posse schlug daher vor, daß lediglich über das Inkrafttreten des Abkommens zum 1. April verhandelt würde, jedoch unter der Bedingung der Ratifizierung durch bestimmte Staaten. Der französische Regierungsvertreter empfahl dagegen der Konferenz, das Abkommen zunächst bedingungsweise mit aufschiebender Wirkung für einen späteren Zeitpunkt anzunehmen.

Um das Rußland-Geschäft.

Die Finanzfragen noch ungelöst.

Die Besprechungen über das Rußland-Geschäft, die in der Reichskanzlei unter Beteiligung der interessierten Ressorts des Reiches und der preußischen Staatsregierung stattfanden, sind, wie verlautet, zu keinem abschließenden Ergebnis gediehen. Die Besprechungen sollen fortgeführt werden. Schwierigkeiten bereitet vor allem

die Frage der Ausfallbürgschaft.

Auch die Frage der Vorfinanzierung der neuen Russenaufträge ist noch nicht endgültig gelöst.

Rückgang der Lebensmitteleinfuhr.

128 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß.

Im Februar wird die tatsächliche Einfuhr mit 605 Millionen Mark ausgewiesen. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr um 40 Millionen Mark zurückgegangen. Die Ausfuhr beträgt im Februar 733 Millionen Mark gegen 725 Millionen Mark im Vormonat. Der erhebliche Rückgang der Ausfuhr vom Dezember zum Januar hat sich sonach im Februar nicht fortgesetzt. Ohne Berücksichtigung der Reparationssachlieferungen ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß von 128 Millionen Mark.

An dem tatsächlichen Einfuhrrückgang um 40 Millionen Mark sind mit rund 60 Prozent die Rohstoffe und halbfertigen Waren, mit rund 25 Prozent die Lebensmittel und Getränke beteiligt. Wesentlich zurückgegangen ist die Einfuhr von Baumwolle. Bei der Lebensmitteleinfuhr ist besonders ein Rückgang der Einfuhr von Südfrüchten und Obst zu verzeichnen. Bei der Ausfuhr steht einer Zunahme des Absatzes an Fertigwaren um 16 Millionen Mark eine Abnahme der Rohstoffausfuhr um elf Millionen Mark und der Lebensmittelausfuhr um drei Millionen Mark gegenüber.

Curtius erstattet Bericht.

Die Wiener Reise vor dem Kabinett.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand eine Kabinettssitzung statt. In ihr berichtete der Reichsaußenminister eingehend über die Wiener Reise und über die mit den österreichischen Staatsmännern gepflogenen Besprechungen.

Die deutschnationale Fraktionssitzung im Reichstag.

Kritik an Schieles Weimarer Rede.

Von der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei wurde folgender Bericht über die Fraktionssitzung ausgegeben: „Die Reichstagsfraktion hielt eine stark besuchte Sitzung ab. In einmütiger Beurteilung der politischen Lage wurden die Richtlinien der kommenden Arbeit festgelegt. In scharfer Form wurde namentlich seitens der landwirtschaftlichen Abgeordneten an den Ausführungen Kritik geübt, die der Minister Schiele auf der letzten Weimarer Tagung seiner jetzigen Partei gemacht hat."

Eine neue Flottenkonferenz.

Zusammentritt am Donnerstag in London.

Die englische Regierung hat Amerika, Japan, Frankreich und Italien vorgeschlagen, die Konferenz zur endgültigen Abfassung des neuen europäischen Flottenabkommens am kommenden Donnerstag in London zu beginnen.

An der Konferenz werden teilnehmen für England: Außenminister Henderson, der Erste Lord der Admiralität Alexander und Craigie vom Außenamt; Amerika: Der Londoner Botschafter General Dawes; Japan: Der Londoner Botschafter; Frankreich: Massigli vom Außenministerium; Italien: Rosso vom Außenministerium.

Jede Abordnung ist von Rechts- und Marinesachverständigen begleitet. Hieraus geht hervor, welche Bedeutung man diesen Verhandlungen beilegt.

Die Konferenz soll das neue Flottenabkommen mit dem Londoner Vertrag in Übereinstimmung bringen. Bekanntlich weicht das neue Flottenabkommen in wesentlichen Punkten von den Bestimmungen des Washingtoner und Londoner Flottenvertrages ab.

Russisch-türkische Freundschaft.

Handels- und Schiffahrtsabkommen unterzeichnet.

Im Konferenzsaal des Außenkommissariats der Sowjetunion wurde das sowjetrussisch-türkische Handels- und Schiffahrtsabkommen unterzeichnet. Der stellvertretende Außenkommissar Karachan hielt eine Rede, in der er die Bedeutung des neuen Vertrages würdigte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß sich die russisch-türkischen Handelsbeziehungen weiterhin verbessern. Der türkische Botschafter hob besonders die Bedeutung der sowjetrussisch-türkischen politischen und wirtschaftlichen Freundschaft hervor.

20 Tote der Filmexpedition in Nordamerika.

Neuyork, 16. März. Die in St. Johns eingetroffenen Funkberichte von der Insel Horse besagen, daß bei der Explo-